A1 neu Echter Norden statt rechter Norden

Antragsteller*in:	Michael Albert (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein)
Tagesordnungspunkt:	2 Anträge

Antragstext

Es ist 5 vor 1933, und rechtsextreme Parteien wie die AfD gewinnen an Zustimmung und Macht.

Und das ist sehr erschreckend, denn die AfD ist nationalsozialistisch geprägt und schürt nur Hass, Hetze, spaltet und wird von Putin gesponsert

Denn Deutschland ist ein demokratisches Land und lehnt Dexit, Diktatur und Rassismus entschieden ab. Unser Ziel muss mindestens sein: AfD bei höchstens 4% im echten Norden.

Allein können wir weniger erreichen als gemeinsam, besonders da wir als Grüne Jugend dank Markus Söder, Friedrich Merz und Julian Reichelt für einige als Gegner angesehen werden.

Der neue Landsvorstand soll sich nach eigenem Ermessen, etwa durch die Bildung eines Arbeitsbereichs, dafür einsetzen mit

- Jusos (SPD)
- JuLis (FDP)
- Linksjugend ['solid] (DIE LINKE)
- JU (CDU)
- Der Gruppe um die ehemaligen Miglieder der GJ/Grünen "Zeit für was Neues"
- Gewerkschaften (wie DGB, VER.DI, etc.)
- Zeitungen und Journalisten (wie taz, campact, correctiv, shz, etc.)
- Firmen (wie der DB, EDEKA, REWE, Siemens, TCHIBO, etc.)

und weitere Antifaschist*innen einladen eine gemeinsame Kampagne namens „Echter Norden statt rechter Norden“ zu starten.

Diese Kampagne soll die vorherrschende Kritik zu der sehr lauten Minderheit um die AfD und rechtsextreme Parteien verdeutlichen und rechtsextremistische Gedankenbilder besonders von jungen Menschen auflösen.

Die Strategie dabei soll sein

- Deutlich mehr Inhalte bei TikTok und anderen sozialen Medien zu posten.
- Demos gegen rechts zu planen und zu veranstalten.
- Projekte zur Demokratieförderung zu unterstützen.
- DieZusammenarbeit beim Wahlkampf zwischen demokratischen Parteien zu stärken.
- Ursachen gemeinsam zu debattieren und zu bekämpfen.
- Und natürlich Zusammenarbeit und Aufklärung.

Diese Kampagne kann funktionieren! Bereits in Frankreich hat sich ein Bündnis aus verschiedenen Parteien gegen einerechtsextremistische Partei durchgesetzt.

Also lasst uns gegen diese Partei kämpfen und unseren echten Norden nazifrei halten!

Begründung

Quellen:

1: https://taz.de/Chatprotokolle-der-AfD/!5441138/

2: https://www.welt.de/politik/deutschland/article162616473/Bjoern-Hoecke-hat-eine-irritierende-Ansicht-zu-Adolf-Hitler.html?fbclid=IwAR1dfPxe1gHG9DMWVgCLrAFKXWPMhC3Hn6L-K0R8QjRqP0O5ZP-rb20Z058

3: https://www.kontextwochenzeitung.de/medien/450/wir-schweigen-nicht-6320.html

4: https://www.spiegel.de/kultur/facebook-chat-eines-afd-mitarbeiters-volksverhetzend-menschenverachtend-rassistisch-a-0ed3a160-37a4-497a-9496-5ea0e335fbb6

5: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/frankreich-wahlen-endergebnis-100.html

A2ALT Wer wir sind

Antragsteller*in:	Moritz Bührmann (KV Kiel)
Tagesordnungspunkt:	2 Anträge

Antragstext

Vor dem Hintergrund des Rück- und Partei-Austritts des Bundesvorstands und nahezu des gesamten Landesvorstands der GRÜNEN JUGEND halten wir es für notwendig, unser Verhältnis zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN klarzustellen und Zielsetzungen für eine offene Verbandskultur festzulegen:

- Wir wollen mit dem Landesverband (LV)von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein zusammenarbeiten. Das bedeutet, dass wir die Wahlkämpfe der Grünen unterstützen und eine aktive Rolle im Landesverband spielen. Wir wollen mitentscheiden, auf Parteitagen präsent sein und dort versuchen, unsere Ideen und Überzeugungen in die Partei und ihre Politik einfließen zu lassen. Im Gegenzug erwarten wir von dem LV des Bündnis 90/Die Grünen, dass wesentliche politische Weichenstellungen und politische und personelle Entscheidungen auch weiterhin mit uns abgestimmt werden. Um die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem LV SH und der GJ SH auszuloten, fordern wir den neu gewählten Vorstand auf, sich zeitnah mit dem Vorstand des LV SH zu treffen.

- Wir verstehen uns als eigenständiger, links-ökologischer Jugendverband. Unsere Positionen und Beschlüsse können und sollen von denen der schleswig-holsteiner Grünen abweichen.

- Wir wollen junge Menschen fördern. Ziel einer parteinahen Jugendorganisation muss es immer sein, junge, politisch aktive Menschen zu fördern und ihnen den Sprung in Ämter zu ermöglichen und zu erleichtern. Wir wollen unsere Mitglieder auch bei Wahlen zum Vorstand des LV SH von Bündnis 90/Die Grünen, bei Delegiertenwahlen, bei Wahlen zu überparteilichen Organisationen und für Parlamente unterstützen und aufstellen.

- Wir wollen junge Menschen mit Bildungsangeboten dazu befähigen, sich kritisch mit Politik auseinanderzusetzen. Bildung bedeutet, Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, ihren Horizont zu erweitern und sich eine eigene Meinung zu bilden. Dazu ist es wichtig, Teilnehmer*innen von Bildungsangeboten nicht zu überwältigen, sondern Raum für kritische Auseinandersetzung zu ermöglichen. Ziel muss es immer sein, junge Menschen in politischen Fragen sprachfähig zu machen, sie zum Bilden eigener Meinungen zu bestärken und sie in die Lage zu versetzen, schlüssig zu argumentieren.

- Wir wollen Menschen mit unterschiedlichen Positionen einen sicheren Raum für Meinungsäußerungen bieten. Alle Meinungen und Ansichten, die mit dem Grundgesetz und den darin festgehaltenen Werten vereinbar sind, müssen in der GJ geäußert werden können. Das bedeutet insbesondere auch, dass für diskriminierende, z.b. sexistische, queerfeindliche rassistische, antisemitische oder ableistische Aussagen kein Platz in der GJ SH ist. Die Willensbildung unserer Jugendorganisation kann nur gelingen, wenn

unterschiedliche Meinungen geäußert und respektvoll diskutiert werden können.

- Die Kreisverbände Kiel und Neumünster haben diesen Antrag in entsprechender Form für sich angenommen. Es wurde auf den Kreismitgliederversammlungen der Kreisverbände Kiel und Neumünster beschlossen diesen Antrag auch auf der LMV einzubringen.

Antragssteller*innen: Moritz Bührmann, Franz Fischer

A2NEU Wer wir sind

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 2 Anträge

Antragstext

Vor dem Hintergrund des Rück- und Partei-Austritts des Bundesvorstands und nahezu des gesamten Landesvorstands der GRÜNEN JUGEND SH halten wir es für notwendig, unser Verhältnis zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN klarzustellen und Zielsetzungen für eine offene Verbandskultur festzulegen:

Wir wollen mit dem Landesverband (LV)von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein zusammenarbeiten Das bedeutet, dass wir eine aktive Rolle im Landesverband spielen, aber auch eigenständige Aktionen durchführen. Im Gegenzug erwarten wir, dass der Landesverband SH bereit ist junge Kandidat*innen der GJ auf aussichtsreiche Listenplätze zu nominieren. Wir wollen mitentscheiden, auf Parteitagen präsent sein und dort unsere Ideen und Überzeugungen in die Partei und ihre Politik einbringen. Wir erwarten vom LV des Bündnis 90/Die Grünen, dass wesentliche politische Weichenstellungen und politische und personelle Entscheidungen mit uns abgestimmt werden. Um die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem LV SH und der GJ SH auszuloten, fordern wir den neu gewählten Vorstand auf, sich zeitnah mit dem Vorstand des LV SH zu treffen. Es soll eine regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Vorständen und mit den GJ-Parteiratsmitgliedern geben. Wir appellieren an unsere Sprecher*innen an den Fraktionssitzungen teilzunehmen.

Wir verstehen uns als eigenständiger, queerfeministischer,linker,ökologischer und inklusiver Jugendverband. Unsere Beschlussfassung erfolgt unabhängig derer von Bündnis 90/Die Grünen.

Wir wollen junge Menschen fördern, politisch bilden und ihnen den Sprung in politische Verantwortung erleichtern. Dazu gehört beispielsweise die Unterstützung bei Listenaufstellungen, Delegierten- und Gremienwahlen.

Wir möchten insbesondere junge Menschen aus marginalisierten Gruppen (FLINTA*, BiPOC, migrantisierte Menschen, Menschen mit Behinderung, armutsbetroffene Menschen, Menschen ohne akademischen Hintergrund, ...) gezielt empowern und unsere Strukturen weiterentwickeln und Barrieren abbauen, denn alle Menschen sollen in politischen Räumen gleichberechtigt teilhaben können. Wir möchten die Themen, die junge Menschen bewegen, in die Politik tragen, mit jungen Menschen in den Austausch gehen und ihnen eine Stimme geben.Es sollen alle Mitglieder die Möglichkeit erhalten, sich niedrigschwellig und vor Ort in der Grünen Jugend zu beteiligen.Wir möchten die Themen, die junge Menschen bewegen, in die Politik tragen, mit jungen Menschen in den Austausch gehen undihnen eine Stimme geben. Es sollen alle Mitglieder die Möglichkeit erhalten, sich niedrigschwellig und vor Ort in der Grünen Jugend zu beteiligen. Dafür wollen wir als Landesverband Möglichkeiten schaffen und Konzepte erarbeiten, wie wir die aktive Teilhabe von Mitgliedern aus allen Kreisen des Landes stärken können. So können wir als Grüne Jugend unsere Präsenz in den ländlichen Kreisverbänden ausbauen und noch mehr junge Menschen für die Grüne Jugend begeistern.

Wir wollen junge Menschen mit Bildungsangeboten dazu befähigen, sich kritisch

mit Politik auseinanderzusetzen. Bildung bedeutet, Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, ihren Horizont zu erweitern und sich eine eigene Meinung zu bilden. Dazu ist es wichtig, Teilnehmer*innen von Bildungsangeboten nicht zu überwältigen, sondern Raum für kritische Auseinandersetzung zu ermöglichen. Ziel muss es immer sein, junge Menschen in politischen Fragen sprachfähig zu machen, sie zum Bilden eigener Meinungen zu bestärken und sie in die Lage zu versetzen, schlüssig zu argumentieren. Das Bildungsangebot der GJ SH muss niedrigschwellig gestaltet sein so dass, jede*r die Chance an politischer Teilhabe und Mitbestimmung hat.

Wir wollen Menschen mit unterschiedlichen Positionen einen sicheren Raum für Meinungsäußerungen bieten. Alle Meinungen und Ansichten, die mit dem Grundgesetz und den darin festgehaltenen Werten vereinbar sind, müssen in der GJ geäußert werden können. Das bedeutet insbesondere auch, dass für diskriminierende, z.b. sexistische, queerfeindliche rassistische, antisemitische oder ableistische Aussagen kein Platz in der GJ SH ist. Die Willensbildung unserer Jugendorganisation kann nur gelingen, wenn unterschiedliche Meinungen geäußert und respektvoll diskutiert werden können.

Wir wollen dem neuen Landesvorstand auch weitere Formate, Strukturen und Ideen als Vorschläge mitgeben:

- Um die unterschiedlichen Positionen im Verband abzubilden, die Verbandspositionen weiterzuentwickeln und Mitglieder einzubinden können wir uns Diskussionsformate zu politischen Themen und der Verbandsentwicklung zwischen den LMVen vorstellen.

- Ebenfalls soll die Möglichkeit Landesarbeitskreise zu schaffen wie den “LAK Shalom – gegen jeden Antisemitismus” weiterhin genutzt werden.

- Da einige unserer Mitglieder kommunalpolitisch in Gemeinden, Städten, Kreisen, Vereinen usw. aktiv sind wollen wir Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten für diese wiederbeleben, um die Erfahrungen in unsere Verbandsarbeit einzubinden und auch vor Ort für unsere Ziele bestmöglich streiten zu können.

- Weiter soll die Perspektive neue Teams, wie “Social Media, Bildung und Geschlechterstrategien”, bei anderen Themen zu schaffen überlegt werden.

Zusammen mit dem Team “Social Media” sollen auch die Ideen für eine Kampagne zum Aufbruch in der GJ SH in Betracht gezogen werden.

- Anknüpfend an die Diskussionen bei den Grünen rund um das Thema “Ländlicher Raum und strukturschwache Regionen” möchten wir dieses Thema auch verstärkt, im Zusammenhang mit unserer KV-Vernetzung, diskutieren.

- Zuletzt soll auch mit dem Bundesverband diskutiert werden, wie wir die Situation rund um “ZeitFürEtwasNeues” aufarbeiten und wie das zukünftige Verhältnis zu einer neuen Organisation ausschauen soll. Gleiches gilt auch für unser Verhältnis zu anderen demokratischen Jugendorganisationen.

- Wir wollen niedrigschwellige Angebote insbesondere für diejenigen schaffen, die sich in ihren Kreisen nicht in einem Kreisverband enagieren können. Langfristig sollen so strategisch Mitglieder in den bislang inaktiven Kreisen dazugewonnen und Kreisverbände reaktiviert werden.

Antragssteller*innen: Moritz Bührmann, Franz Fischer

A3 Landesarbeitskreis Bildungspolitik

Antragsteller*in:	Kalle Demmert
Tagesordnungspunkt:	2 Anträge

Antragstext

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, dass ein Landesarbeitskreis Bildungspolitik errichtet werden soll.

Begründung

erfolgt mündlich